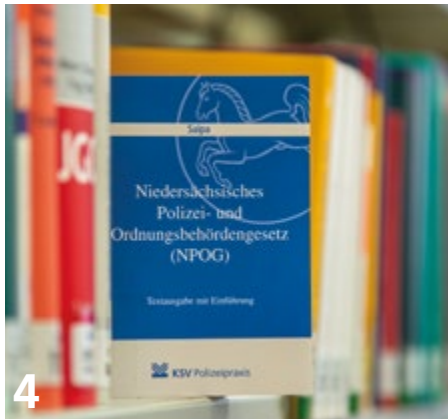




Notwendige
Modernisierung
des Polizeirechts



4



16



30

TITEL

- 04 NPOG**
Notwendige Modernisierung
des Polizeirechts

NIEDERSACHSEN

- 06 STRATEGIETEAM GLEICHSTELLUNG**
Tagung des
Strategieteam Gleichstellung
- 07 SCHULANFANGSAKTION 2019**
„Kleine Füße – sicherer Schulweg“:
zur Schule möglichst zu Fuß
- 08 EINSATZ IN AFGHANISTAN**
Polizistin und Polizisten im
Gespräch mit Pistorius
- 09 SICHER.MOBIL.LEBEN**
Brummi im Blick
- 10 EINBRUCHZAHLEN HALBIERT**
Osnabrücker Ermittlungsgruppe
weitet Arbeit aus
- 12 ZENTRALE POLIZEIDIREKTION**
Schutzanzüge, Drohnen
und neue Helme
- 13 WASSERSCHUTZPOLIZEI**
Hospitation bei der WSPI –
ein Wunsch geht in Erfüllung
- 14 NITEX 2019**
Anti-Terror-Übung auf der Nordsee

AKTUELL

- 15 LKA**
Neuer Abteilungsleiter im Amt

NIEDERSACHSEN

- 16 POLIZEI NIEDERSACHSEN
STRATEGIE 2027**
Die Zukunft hat bereits begonnen
- 18 PROJEKT „NEUE DIENSTHOSE“**
Eine für Alles

AKTUELL

- 19 PD GÖTTINGEN**
Gerd Lewin ist neuer PVP

NIEDERSACHSEN

- 20 PSYCHOSOZIALE
PROZESSBEGLEITUNG**
Kennen Sie den § 406g StPO?
- 22 LSBTI**
Bundeskongress in Lüchow

AKTUELL

- 23 GEGEN HASS UND
BELEIDIGUNGEN IM NETZ:**
Informationskampagne für Amts-
und Mandatstragende

NIEDERSACHSEN

- 24 EIN TEAM, EIN ZIEL**
PA überzeugt mit einem Stand bei Xletix
- 25 MOBILES LABOR**
Algerische Delegation beeindruckt

AKTUELL

- 25 BEAMTINNEN IN SPITZENÄMTER**
Ein Zeichen für Chancengleichheit

NIEDERSACHSEN

- 26 CYBERGUIDE**
Erstes digitales Assistenzsystem
der Polizei Niedersachsen
- 28 11. BACHELORSTUDIENGANG**
772 Absolventen verabschiedet

SPORT

- 30 GÖTTINGEN**
37. DPM in der Leichtathletik
- 31 BREITENSport**
Ohne Breite keine Spitze – Ehrung
von Breitensportlern auch 2020

NIEDERSACHSEN

- 32 BILDUNGSPROJEKT DER PA**
„Polizeischutz für die Demokratie“

IMPRESSUM

proPOLIZEI XXXIII. Jahrgang

Herausgeber:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Lavesallee 6, 30169 Hannover

Verantwortlich:

Philipp Wedelich, Vertreter: Werner Steuer

Redaktion:

Nevin Ayyildiz, Marco Ellermann, Werner Steuer,
Philipp Hasse, Sabine Hoffmann, Sven Thielert,
Doris Wollschläger, Patrick Pampel, Patricia Höft,
Mirco Nowak

Anschrift der Redaktion:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Redaktion proPOLIZEI
Postfach 221, 30002 Hannover
Tel. 0511 120-6044 oder 0511 120-6259
Fax 0511 120-6555
E-Mail: propolizei@mi.niedersachsen.de

Layout:

Dirk Bindbeutel
Polizeiakademie Niedersachsen, Dezernat 20
Gimter Straße 10, 34346 Hann. Münden

Titelbild: Dirk Bindbeutel

Druck:

updruck printmanufaktur
Am Frettholz 5, 31785 Hameln

Die proPOLIZEI erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr.

Rechtlicher Hinweis:

Alle in proPOLIZEI veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete
Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers
oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält
sich vor, Zuschriften/Beiträge (gegebenenfalls in gekürzter
Form) zu veröffentlichen.



Landespolizeipräsident
Axel Brockmann

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

das Jahr neigt sich langsam dem Ende zu und damit stellt sich auch für viele die Frage, welche Wünsche oder Vorsätze wir ins neue Jahr mitnehmen.

Auf das Jahr 2019 rückblickend, war eines der wichtigsten Themen das neue Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG). Seit der letzten großen Novellierung im Jahr 2007 hat ein enormer Wandel durch die Digitalisierung stattgefunden. Welche Rolle etwa soziale Medien oder Messengerdienste bekommen würden, war damals kaum abzusehen. Dabei ist klar, die digitale Welt darf kein rechtsfreier Raum sein.

Das neue NPOG ist aber auch eine Reaktion auf die anhaltend hohe abstrakte Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus, auf technische Neuerungen bei den Einsatzmitteln und -methoden und auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die sich weiterentwickelt und stärker ausdifferenziert hat.

Insgesamt gesehen haben wir ein modernes Polizeigesetz an die Hand bekommen, dass uns bei der Aufgabenwahrnehmung hilft. Meiner Auffassung nach ist es dabei gelungen, stets die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit angemessen zu wahren.

Mit dem Projekt der Strategischen Organisationsanpassung haben wir uns mit der Binnenorganisation und den aktuellen Herausforderungen auseinandergesetzt, um unsere Organisation für die Zukunft weiterhin leistungsfähig zu halten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestmögliche Rahmenbedingungen für unsere herausfordernden Aufgaben zu schaffen.

Die Strategie 2020 war die Grundlage für unsere permanente Weiterentwicklung. Mit vorausschauenden Analysen ist es gelungen, uns den Herausforderungen der Umwelt zu stellen. In der Folge wird nun die Strategie 2027 als neue Landesstrategie den Anschluss herstellen.

Diese wird zehn strategische Ziele beinhalten, von denen das Ziel zur Bekämpfung des Terrorismus/Extremismus sowie das Ziel zur Diversität unverändert übernommen wurden. Daneben sind acht neue strategische Ziele (u. a. zu Führung, Bekämpfung krimineller Strukturen sowie veränderter Mobilität und Verkehrssicherheit) in das von Layout, Vision, Werten und Oberziel unveränderte Zielsystem aufgenommen worden. Mit der Formulierung eines strategischen Ziels zur Stärkung der demokratischen Resilienz begegnen wir als Polizei Niedersachsen der fortgesetzten Populismusdebatte in der Gesellschaft.

Ich wünsche Ihnen sowie Ihren Familien und Freunden eine besinnliche Vorweihnachtszeit, schöne Feiertage und einen guten Start ins Jahr 2020.

Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Axel Brockmann". The script is fluid and cursive.

Axel Brockmann

NPOG

Notwendige Modernisierung des Polizeirechts

„Mit Gesetz vom 20. Mai 2019 wurde das Niedersächsische Gesetz für die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) novelliert und neu benannt; es trägt jetzt den Namen Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG). Das Gesetz ist am 23. Mai 2019 verkündet worden (Nds. GVBl.S. 88) und am 24.05.2019 in Kraft getreten.



Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, bezeichnete das Gesetz als Meilenstein für die Arbeit der Sicherheitsbehörden und führte bei der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag weiter aus: „Das Gesetz ist eine vernünftige, angemessene und notwendige Modernisierung unseres Polizeirechts. Wir brauchen eine ausgewogene rechtliche Grundlage für unsere Sicherheitsbehörden, um uns adäquat vor Gefahren schützen zu können. Oberste Priorität hatte für uns als Landesregierung und

auch für mich persönlich, dass es gelingt, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit angemessen zu wahren. Ich bin davon überzeugt, dass uns das mit diesem Gesetzentwurf gelungen ist. Der heutige Tag ist deshalb ein guter Tag für die Sicherheit in Niedersachsen. Die Polizei erhält wichtige Befugnisse, um den internationalen Terrorismus weiterhin wirksam bekämpfen zu können. Das alte Gesetz stammte aus einer Zeit, in der das erste iPhone gerade auf den Markt kam. Es war also noch weitest-

gehend blind auf dem digitalen Auge, IP-Telefonie und Messengerdienste in der heutigen Form gab es noch gar nicht. Die Polizei braucht die Möglichkeit, bei begründetem Verdacht erheblicher Gefahren auch auf diese Formen der Kommunikation Zugriff zu bekommen. Auch die digitale Welt darf kein rechtsfreier Raum sein! Zugleich setzen wir mit dem Gesetz konsequent die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts um und stärken Bürgerrechte im Bereich des Datenschutzes.“

Christiane Strothmann

Übersicht über die wesentlichen Änderungen:



Zur Verhütung terroristischer Straftaten (Definition in § 2 Nr. 15 NPOG) wurden als Standardmaßnahmen Aufenthaltsvorgaben (§ 17 b Abs. 1 NPOG) und Kontaktverbote (§ 17 b Abs. 2 NPOG) sowie eine elektronische Aufenthaltsüberwachung (§ 17 c NPOG) neu eingeführt. Es handelt sich um Maßnahmen, die bereits im Vorfeld einer Gefahr zur Anwendung kommen. Alle drei neuen Maßnahmen unterliegen einem Richtervorbehalt.



Der Unterbindungsgewahrsam (§§ 18 und 21 NPOG) wurde bei bevorstehenden terroristischen Straftaten auf 14 Tage erhöht mit Verlängerungsmöglichkeit um einmalig 14 Tage und einmalig weitere 7 Tage. Auch für die Verlängerung besteht jeweils ein Richtervorbehalt.



Die Regelungen zum Schutz von Berufsgeheimnisträgerinnen und -trägern (§ 31 a NPOG) und zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung (§ 33 NPOG) wurden in zentralen Normen konzentriert und der Schutz ausgeweitet.



Für alle verdeckten Maßnahmen wurden Dokumentationspflichten (§ 48 Abs. 1 NPOG) gesetzlich geregelt und eine regelmäßige Kontrolle dieser Maßnahmen durch die oder den Landesbeauftragten für Datenschutz (§ 48 Abs. 2 NPOG) eingeführt.



Über den Einsatz von Vertrauenspersonen ist der Ausschuss für besondere polizeiliche Datenerhebung zu unterrichten (§ 37 b NPOG).



Zum besseren Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor gewalttätigen Übergriffen wurde eine spezifische Rechtsgrundlage (§ 32 Abs. 4 NPOG) für den Einsatz sog. Bodycams eingeführt. Neben Bildaufzeichnungen sind nunmehr auch Tonaufnahmen und eine Prerecording-Funktion zulässig.



Für die gefahrenabwehrrechtliche Datenerhebung bei einer Abschnittskontrolle (Section Control) wurde eine spezifische Rechtsgrundlage (§ 32 Abs. 7 NPOG) geschaffen.



Für die sog. Quellen-Telekommunikationsüberwachung (§ 33 a Abs. 2 NPOG) und den verdeckten Eingriff in informationstechnische Systeme, sog. Online-Durchsuchung (§ 33 d NPOG), wurden spezifische Rechtsgrundlagen geschaffen.



Die längerfristige Observation (§ 34 NPOG) und der Einsatz von Vertrauenspersonen (§ 36 NPOG) unterliegen nunmehr von Beginn an einem Richtervorbehalt.



Ein Verstoß gegen eine Meldeauflage (§ 16 a NPOG), eine Platzverweisung oder ein Aufenthaltsverbot (§ 17 NPOG) kann mit einem Bußgeld (§ 49 a Abs. 1 NPOG) geahndet werden. Zuwiderhandlungen gegen eine Wegweisung (§ 17 a NPOG), eine Aufenthaltsvorgabe (§ 17 b NPOG), ein Kontaktverbot (§ 17 b NPOG) oder eine elektronische Aufenthaltsüberwachung (§ 17 c NPOG) stellen einen Straftatbestand (§ 49 a Abs. 2 NPOG) dar.

STRATEGIETEAM GLEICHSTELLUNG

Tagung des „Strategieteam Gleichstellung“

Vom 3. bis 4. September fand eine Tagung des „Strategieteam Gleichstellung“ in Bad Nenndorf statt. Unter der Leitung von Polizeipräsident Uwe Lührig wurde die umfassende Tagesordnung stringent bearbeitet und die bisherigen Arbeitsergebnisse (u. a. inhaltliche Befassung mit den Gleichstellungsplänen sowie den Beurteilungsergebnissen aus der Gender-Sicht) am zweiten Tag dem Auftraggeber, Landespolizeipräsident Axel Brockmann, präsentiert.

Der Landespolizeipräsident zeigte sich sichtlich beeindruckt von dem Erreichten. Nach einem intensiven Austausch wurden weitere mögliche Arbeitspakete gemeinsam erörtert.

In diesem Jahr wird sich das „Strategieteam Gleichstellung“ vorrangig der Fertigstellung des Gleichstellungsplans für die Angehörigen der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt (ab der Besoldungsgruppe A 13 NBesG) widmen.

Während der Tagung wurde das Gründungsmitglied Wilfried Korte (PD Göttingen) verabschiedet, da er am 1. Juli in den Ruhestand versetzt wurde. Mittlerweile erhielt das „Strategieteam Gleichstellung“ weitere personelle Unterstützung. Durch die Benennung von Stephan Zwerg (PD Osnabrück), Diana Kogiomtzidis (Landeskriminalamt Niedersachsen) und Julia Blanck (Polizeiakademie Niedersachsen) sind jetzt alle Behörden vertreten.

Jennifer Uhl





Foto: Polizei

SCHULANFANGSAKTION 2019

„Kleine Füße – sicherer Schulweg: zur Schule möglichst zu Fuß“

Am 15. August starteten rund 73.000 Erstklässlerinnen und Erstklässler in das Abenteuer Schule und somit auch in einen Lernprozess der Selbstständigkeit im Straßenverkehr. Vor diesem Hintergrund präsentierte Innenminister Boris Pistorius die diesjährigen Schwerpunktthemen der Verkehrssicherheitsaktion „Kleine Füße – sicherer Schulweg: zur Schule möglichst zu Fuß“ in der Grundschule Voxtrup in Osnabrück.

Gemeinsam mit dem Präventionsteam der Polizeiinspektion Osnabrück, die mit der Puppenbühne für Begeisterung gesorgt und in Kommunikation mit der Schulleitung großartige Vorbereitungen getroffen haben, dem Kultus- und Verkehrsministerium sowie den Kooperationspartnern ADAC, Landesverkehrswacht und Gemeindeunfallversicherungsverband appellierte Boris Pistorius für ein umsichtiges und rücksichtsvolles Miteinander, insbesondere im Sinne der Kinder. Ein großes Ziel der Aktion ist, die Kinder schnellstmöglich auf die Gefahren im

Straßenverkehr aufmerksam zu machen. An der Grundschule Voxtrup werden beispielsweise der „Bus-auf-Füßen“ oder der Schulweglotsen-/Schulwegbegleitedienst tagtäglich in vorbildlicher Weise praktiziert. Darüber hinaus stellt zum Beispiel die „Bannzone“ an vielen niedersächsischen Grundschulen ein wichtiges Element gegen sogenannte „Elterntaxis“ dar. Elterntaxis schränken die Übersichtlichkeit und Verkehrssicherheit auf den Schulwegen der Kinder enorm ein und implizieren, insbesondere im unmittelbaren Umfeld der Schule, für alle eine

große Unfallgefahr. Der Verzicht auf das Auto verhindert aber nicht nur ein Verkehrschaos, sondern fördert zum Beispiel auch die Gesundheit der Kinder durch mehr Bewegung im Alltag.

Für die zukünftigen Jahre wurde gemeinsam mit den vorbereitenden Akteuren erörtert, dass der Veranstaltungsort jährlich neu ausgewählt werden soll, um möglichst viele Regionen in Niedersachsen zu beteiligen.



Foto: MI

EINSATZ IN AFGHANISTAN

Polizistin und Polizisten im Gespräch mit Pistorius

Sie setzen sich für Frieden, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit ein: Niedersächsische Polizistinnen und Polizisten sind seit Jahrzehnten in Krisenregionen im Ausland präsent.

Im bilateralen deutsch-afghanischen Polizeiprojekt GPPT (German Police Project Team) tragen sie unter anderem in Kabul zur Ausbildung von Polizeikräften vor Ort bei. Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, traf sich mit vier von ihnen zum persönlichen Gespräch. „Ich habe größten Respekt vor allen Polizistinnen und Polizisten, die sich unter oft gefährlichen Umständen den deutschen Interessen auch im Ausland verpflichtet

fühlen“, sagte Pistorius. „Sie leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Sicherheit in Deutschland und Europa.“

Die Polizistin und die drei Polizisten sind derzeit in Niedersachsen, da durch die Anschläge im September das „Green Village“ in Kabul, in dem die Deutschen arbeiteten, erheblich beschädigt wurde. Pistorius: „Ich bin sehr froh, dass deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

nicht verletzt wurden und auch unsere niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten wohlbehalten zurückgekehrt sind.“ Eine erneute Ausreise wird nur mit ausreichend gesicherten Lebens- und Arbeitsbereichen erfolgen. Derzeit befinden sich zwei niedersächsische Beamte (eine Polizistin, ein Polizist) noch in Afghanistan. Sie sind im Norden Afghanistans in Mazar-e Sharif eingesetzt.



sicher.mobil.leben

Brummis im Blick

Niedersachsen beteiligte sich auch in diesem Jahr an der länderübergreifenden Verkehrssicherheitsaktion „sicher.mobil.leben“. Rund 300 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte waren am 12. September ab den frühen Morgenstunden an 72 Orten im Einsatz. Mit dem Thema „Brummis im Blick“ stand insbesondere der gewerbliche Personen- und Güterverkehr im Mittelpunkt der Aktion.

Die Polizei Niedersachsen hatte wie im letzten Jahr bereits im Vorfeld der Aktion gemeinsam mit ihren Partnern in der Verkehrssicherheitsaktion begonnen, verstärkt auf die Gefahren rund um den gewerblichen Verkehr hinzuweisen. Allein am Aktionstag fanden, ergänzend zu den Kontrollen, an 35 weiteren Orten Präventionsveranstaltungen statt. Schwerpunkte dabei waren neben dem „Toten Winkel“ und der gegenseitige Rücksicht insbesondere auch Ablenkung und Müdigkeit sowie Ladungssicherung und der technische Zustand von Lastwagen.

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, sagte dazu: „Sicherer Straßenverkehr funktioniert nur

mit Rücksicht und Fairness, das gilt erst recht für das Verhältnis zwischen den im wahrsten Sinne des Wortes schweren Verkehrsteilnehmern auf der einen und den Autos, Fahrrädern und Fußgängerinnen und Fußgängern auf der anderen Seite. Wir werden darum auch in Zukunft durch Aufklärungskampagnen und Kontrollen gezielt auf die Probleme und Besonderheiten aufmerksam machen.“

Neben dem gewerblichen Verkehr standen auch weitere Unfallursachen im Fokus der Polizei. So wurden ebenso Geschwindigkeitsverstöße, zu geringe Abstände und die verbotswidrige Nutzung von Mobiltelefonen verstärkt kontrolliert. Unterstützt wurde die niedersächsische Polizei dabei

durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zolls und des Bundesamtes für Güterverkehr. Auch Kollegen aus der polnischen Partnerschaftsregion Großpolen waren dabei. Sie hospitierten in der Woche des Aktionstags bei der Polizei Hannover und wirkten bei den örtlichen Kontrollen mit. Insgesamt mussten sich landesweit an dem Tag rund 1.100 Fahrzeuge einer Kontrolle unterziehen.

Die länderübergreifende Verkehrssicherheitsaktion „sicher.mobil.leben“ wird auch im Jahr 2020 wieder stattfinden. Schließlich steht die Verkehrssicherheit weiter im Fokus der Arbeit der niedersächsischen Polizei und ihrer Partner.

Thomas Buchheit



Kontrolle des Güterverkehrs

Fotos: Polizei



Gemeinsame Aktion: Niedersächsische und polnische Polizei und Zoll

EINBRUCHZAHLEN HALBIERT

Osnabrücker Ermittlungsgruppe weitet Arbeit aus

Im Oktober 2016 ging die Polizeidirektion Osnabrück neue Wege, um kriminelle Netzwerke mobiler Einbrecherbanden im Dreiländereck Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Niederlande aufzudecken und zu zerschlagen.



Die beteiligten Akteure freuten sich über die erfolgreiche, gemeinsame Zusammenarbeit in den letzten drei Jahren und sind auch für die zukünftige Arbeit guter Dinge: v. l. Dr. Alexander Retemeyer (Staatsanwaltschaft Osnabrück), Jörg Bockstiegel (Leiter „Zentrale Ermittlungsgruppe Wohnungseinbruchdiebstahl“), Jens Burrichter (zur Zeit Europol) und Michael Zorn (Polizeivizepräsident in Osnabrück).



Sie bekam den Zuschlag für ein auf drei Jahre ausgelegtes EU-Projekt, erhielt knapp 600.000 Euro Fördergelder aus dem europäischen Fonds „ISF“ und gründete die „Zentrale Ermittlungsgruppe Wohnungseinbruchdiebstahl“, kurz ZEG WED. Das Besondere an der „Sondereinheit“: Der innovative Ansatz aus konzentrierter grenzüberschreitender Analyse und operativer Auswertung in Kombination mit länderübergreifender Ermittlungsarbeit. Nach dreijähriger intensiver Arbeit stellte Polizeivizepräsident Michael Zorn zusammen mit dem Leiter der ZEG WED, Jörg Bockstiegel, Jens Burrichter von der EU Agentur Europol sowie Dr. Alexander Retemeyer von der Staatsanwaltschaft Osnabrück am 24. September bei einer Pressekonferenz in Osnabrück die Abschlussbilanz der Ermittlungsgruppe vor. Dabei ging es auch um die Zukunft dieser Einheit und die Frage nach der künftigen Ausrichtung.

Im Ergebnis konnte die ZEG WED 13 international agierende Täterbanden zerschlagen – einschließlich der damit verbundenen kriminellen Netzwerke. Der materielle Wert des Stehlgutes liegt bei mehr als zwei Millionen Euro. Rund 350 Taten konnten aufgeklärt und 86 Tatverdächtige ermittelt werden. Insgesamt 38 Personen nahmen die Ermittler fest. Teilweise kam es bereits zu Verurteilungen von Mitgliedern der Einbrecherbanden mit zum Teil empfindlichen Freiheitsstrafen von über 5 Jahren. Michael Zorn: „Die Ermittlungserfolge zeigen, dass wir mit dem gewählten Ansatz aus grenzüberschreitender Analyse und Auswertung auf dem richtigen Weg sind und diesen konsequent fortsetzen werden.“ Zorn hob die hervorragende Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern aus ganz Europa, allen voran Europol, sowie der Staatsanwaltschaft Osnabrück besonders hervor. Auch die

große finanzielle Unterstützung durch Fördergelder der Europäischen Union stellte der Vizepräsident heraus, ohne die manche Dinge gar nicht realisierbar gewesen wären. Beispielsweise über die Hälfte der Fördergelder sind notwendig gewesen, um die entstandenen Dolmetscherkosten begleichen zu können, so Zorn.

Bemerkenswert: Die Zahl der Wohnungseinbrüche in der Polizeidirektion Osnabrück konnte in den letzten drei Jahren – seit Einrichtung der ZEG WED – um mehr als die Hälfte reduziert werden. Mehr noch: Die professionelle Arbeit der Analysten und Ermittler wird auch in Zukunft in einer ständigen Ermittlungsgruppe namens „Zentrale Ermittlungsgruppe Phänomene“, kurz ZEG Phänomene, dauerhaft, auch ohne EU-Fördergelder, fortgesetzt und ist somit fester Bestandteil der polizeilichen Arbeit in der Osnabrücker Direktion.

Marco Ellermann

ZENTRALE POLIZEIDIREKTION

Schutzanzüge, Drohnen und neue Helme

Bei einem Pressetermin in der Zentralen Polizeidirektion hat Innenminister Boris Pistorius am 26. August neue Einsatzgeräte und Ausrüstungsgegenstände vorgestellt. Die anwesenden Medienvertreter interessierten sich insbesondere für das Unmanned Aerial System Polizei, kurz UAS-Pol, und den neu gegründeten CBRN-Trupp.

Gemeinsam mit der Polizeipräsidentin der ZPD, Christiana Berg, stellte Pistorius bei dem Termin eine neue Einheit zur Bearbeitung von Einsatzlagen mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Stoffen, kurz CBRN, vor. Pistorius erklärte: „Die Beamtinnen und Beamten der CBRN-Trupps wurden intensiv für den Umgang mit Gefahrstoffen sowie zum Tragen vom Atemschutz und Schutzanzügen geschult und unterstützen die Flächenbehörden und das Landeskriminalamt. Das sind echte Spezialisten auf ihrem Gebiet!“ Bislang erfolgte die Bearbeitung von CBRN-Lagen in den einzelnen Polizeidirektionen. Zukünftig werden alle derartigen Einsätze durch das Expertenteam der ZPD durchgeführt.



Minister Pistorius und Mitarbeiter des CBRN-Trupps

Fotos: ZPD

Immer häufiger werden auch Drohnen im Rahmen polizeilicher Ermittlungen eingesetzt. Das Team UAS-Pol der ZPD unterstützt die Ermittlerinnen und Ermittler in ganz Niedersachsen „von oben“. Anhand eines gestellten Verkehrsunfalls demonst-

rierten Sarah Buchholz und Matthias Hein, wie beweisichere Luftbildaufnahmen mit den Drohnen erstellt und zukünftig Tatorte am Computer zum Beispiel in Form von 3D-Modellen rekonstruiert werden.

Im Zuge des Termins äußerte sich der Innenminister auch zum Sachstand der Beschaffungsinitiative für die Polizei Niedersachsen mit innovativen Uniformteilen. Die vorgestellten Schutzhelme der Schutzklasse 1 schützen vor Schusswaffen bis Kaliber 9mm und auch vor Splittern, wie zum Beispiel bei einer Explosion. Zudem wird seit Ende 2018 eine Unterziehschutzweste mit einem integrierten Stichschutz ausgeliefert. Es handelt sich beim Stichschutz um ein Kettenringgeflecht, das vor der Ballistik integriert ist. Dadurch halten die Westen Stiche von alltäglichen Werkzeugen, wie zum Beispiel Einhandmesser, Taschenmesser, Klappmesser oder Küchenmesser aus. Bei der Entwicklung war es wichtig, dass die Weste nicht schwerer ist als der Vorgänger ohne den Stichschutz.

Philipp Mantke



Reges Interesse beim Pressetermin

WASSERSCHUTZPOLIZEI

Hospitation bei der WSPI – ein Wunsch geht in Erfüllung

Seit Beginn ihres Bachelorstudiums interessierte sich Cheyenne Baumert für die Aufgaben der Wasserschutzpolizei (WSP). Obwohl eine Hospitation im Curriculum nicht vorgesehen ist, erhielt sie die Möglichkeit den Dienst der WSP live zu erleben.

Mein Dank gilt daher den Sachbearbeitern Personal der PD Oldenburg und ganz besonders dem Stab der WSPI – ohne ihre Unterstützung wäre die mehrtägige Hospitation nicht möglich gewesen.

Sicherlich unterscheidet sich die Wasserschutzpolizei von der Landpolizei in großen Teilen, indem sie die Seeschiffe im Schiffsverkehr kontrolliert und Straftaten und Ordnungswidrigkeiten auf dem Wasser verfolgt. Maritime Vorkenntnisse in Form von zum Beispiel Befähigungsnachweisen sind jedoch keine Voraussetzung, um bei der Wasserschutzpolizei Dienst zu machen. Auch müssen Interessenten keine jahrelange ESD-Erfahrung vorweisen, um sich bei der WSP bewerben zu können. Trotzdem ist ein maritimes Grundinteresse, meiner Meinung nach, für die Aufgabenbewältigung relativ bedeutsam.

Der Dienst bei den WSP-Stationen Emden, Brake und Stade gliedert sich in Früh- und Spätdienste (die WSPSt Wilhelmshaven ist rund um die Uhr besetzt) und Tagesdienste am Wochenende. Auch besitzt die WSP Streifenwagen, aber viel Dienst wird auf dem Boot versehen.

Das Zuständigkeitsgebiet der WSP Brake umfasst vor allem die Weser von Farge in Richtung Nordseemündung als Seeschiffahrtsstraße, aber auch die Hunte, einen kleineren Nebenarm sowie das Zwischenahner Meer. Hauptaugenmerk sind die Seehäfen in Brake und Nordenham, wo viel Getreide, Öle und Stückgüter umgeschlagen werden. Nach Dienstbeginn wird zunächst recherchiert, welche Schiffe im Hafen festgemacht haben und zu kontrollieren sind. Im Fokus der polizeilichen Kontrollen steht der Meeresumweltschutz. Dabei wird die Einhaltung der Auflagen des MARPOL-Übereinkommens überprüft. Diese schreiben vor, wie Schiffsbesatzungen mit anfallendem Müll an Bord, Abwasser, Öl sowie der Verhütung von Wasser- und Luftverschmutzungen umgehen.

Im Zeitraum meiner Hospitation kam es zu einem Sondereinsatz, da besondere Fracht umgeschlagen wurde, welche in größerem Maße der polizeilichen Präsenz bedurfte. Weitere Sondereinsätze sind auch zum Beispiel die Unterstützung auf der Ems, wenn fertiggestellte Kreuzfahrtschiffe aus Papenburg überführt werden sollen.

Mir persönlich gefällt es, am oder auf dem Wasser zu sein, die relativ freie Dienstgestaltung und dort Dienst zu



machen, wo andere ihre Freizeit gestalten. Ich kam während meiner Hospitation mit internationalen Seeleuten in Kontakt, wobei diese der Polizei großen Respekt und Anerkennung entgegenbringen. Zudem befand ich mich im Umfeld motivierter und zufriedener Kolleginnen und Kollegen. Meine Eindrücke im Rahmen der Hospitation haben mich in meinen positiven Erwartungen bestärkt und verheße nun Dienst bei der Wasserschutzpolizei.

Cheyenne Baumert



POK Christopher Hüllbrock weist Cheyenne Baumert im Schlauchboot ein

Hospitation:

Anmerkung der Wasserschutzpolizeiinspektion zu der Hospitation:

Interessierte Beamtinnen und Beamte können sich jederzeit für eine Hospitation bei der WSPI OL melden. Die Hospitationen können dann bei den WSP-Stationen Emden, Wilhelmshaven, Brake und Stade durchgeführt werden.

Ansprechpartner:

POK Georg Tramontin, SB ÖA und Nachwuchsgewinnung
Telefon: 0441 790-7815
Mobil: 01703371986,
PHK Immo Suhr, SB Personal / AuF
Telefon: 0441 790-7805

NITEX 2019

Anti-Terror-Übung auf der Nordsee

Als Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius und Oldenburgs Polizeipräsident Johann Kühme nach einem ereignis- wie erkenntnisreichen Tag auf hoher See vor die Presse traten, lachte die Sonne, während im Hintergrund die „Cap San Diego“ und einige Polizeiboote den Blick aufs offene Meer flankierten.

Die maritime Kulisse an der 4. Einfahrt des Marinehafens Wilhelmshaven bildete den perfekten Rahmen für das Pressestatement zur NITEX (Niedersächsische Terrorismusabwehr Exercise) 2019, mit dem am späten Nachmittag des 22. Augusts die praktische Großübung der Polizeidirektion Oldenburg zur Abwehr von terroristischen Gefahren auf der Nordsee ihr Ende fand. „Die Übung hat gezeigt, dass die niedersächsische Polizei für den Ernstfall sehr gut aufgestellt ist“, sagte Pistorius nach der Übung, die knapp zehn

Monate Vorbereitungszeit in Anspruch genommen hatte. „Ich bin sehr beeindruckt und auch stolz auf das, was unsere Kräfte geleistet haben“, sagte Kühme mit Blick auf die rund 400 eingesetzten Polizistinnen und Polizisten. Der Präsident der für die Bewältigung im niedersächsischen Küstengebiet verantwortlichen Polizeidirektion Oldenburg lobte insbesondere die Zusammenarbeit der an der Übung beteiligten Landes- und Bundesbehörden sowie Einsatzorganisationen. Das Szenario, welches der NITEX zugrunde lag, sah

einen geplanten Anschlag auf die Hafenanlagen in Wilhelmshaven vor. Terroristen hatten ein – eigens für die Übung gewonnenes Frachtschiff – gekapert. Dabei handelte es sich um das Hamburger Museumschiff „Cap San Diego“. „In einem solchen Katastrophenfall würden wir unter den geltenden Voraussetzungen des Grundgesetzes auf jede sinnvolle Unterstützung zurückgreifen, die etwa seitens der Bundeswehr bereitsteht“, sagte Innenminister Pistorius, stellte aber klar, dass für die Innere Sicherheit in Niedersachsen die niedersäch-



SEK-Beamte erreichen das Zielschiff



Beamte klettern auf das Zielschiff

sische Polizei zuständig sei. Die NITEX habe viele Erfahrungswerte geliefert, durch welche die Einsatz- und Handlungssicherheit für alle beteiligten Behörden, Organisationen und Einheiten gestärkt worden sei, so Kühme. Er bedankte sich auch bei der Deutschen Marine, die die Polizei erstmals bei einer solchen Übung in technischer und logistischer Hinsicht unterstützte. Pistorius und Kühme hatten die Maßnahmen der Spezialeinsatzeinheiten gemeinsam mit anderen hochrangigen Vertretern von Polizei und Marine von Bord des Einsatzgruppenversorgers BONN verfolgt. „Einsätze auf hoher See stellen auch für unsere erfahrenen SEK-Beamten

eine besondere Herausforderung dar. Insofern war es mir wichtig, dass sie die Übung durchführen können“, sagte Kühme und lobte das Zusammenspiel der im Nordverbund zusammengeschlossenen Spezialeinsatzkommandos aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Am Tag vor Vollübung fand im Rahmen der NITEX eine Stabsrahmenübung statt, bei welcher der Einsatz konzeptionell und logistisch unter Führung der PD Oldenburg vorbereitet wurde.

Christioph Deeken



Übungsstab

Fotos: Polizei

LKA

Neuer Abteilungsleiter im Amt

Dominik Nillies ist neuer Leiter der Abteilung 1 im Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen. Er trat am 1. September 2019 in dieser Funktion die Nachfolge von Britta Jordan an, die nach 13 Jahren das LKA verlassen hat und seit Anfang August im Landespolizeipräsidium für das Thema Gleichstellung in der niedersächsischen Polizei verantwortlich ist.

Dominik Nillies ist vor 14 Jahren aus dem Badischen nach Niedersachsen gekommen und war in verschiedenen Einrichtungen des Justizvollzugs sowie im Justizministerium tätig. Seine letzte Station vor dem LKA war die JVA Sehnde, wo er mehrere Jahre stellvertretender Anstaltsleiter war.

„Der jetzige Wechsel bedeutet für mich eine ganz neue Perspektive mit vielseitigen und spannenden Herausforderungen. Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe“, sagte Nillies.

Dominik Nillies (45) ist Jurist, verheiratet und hat 2 Kinder.

Nevin Ayyildiz



Foto: privat



Polizei Niedersachsen

STRATEGIE 2027

Die Zukunft hat bereits begonnen

Am 6. und 7. September hat das mittlerweile siebte Strategieforum stattgefunden. Längst ist diese Veranstaltung zum festen Bestandteil der Weiterentwicklung in der niedersächsischen Polizei geworden. Etwa 200 Teilnehmende haben mit ihrem Interesse sowie ihrer Diskussionsfreudigkeit dem Strategieforum einmal mehr zu großem Erfolg verholfen.

Unter dem Titel „Zukunft gestalten mit Intelligenz und innovativer Führung“ stellten Jasmin Mohrmann und Michael Hasselmann schon bei der Forumseröffnung anschaulich dar, warum vor dem Hintergrund der Perspektiven „Bedürfnisse der Mitarbeitenden“ und „Herausforderungen der Umwelt“ nun auch in der Polizei Niedersachsen über ein neues, ein verändertes Verständnis von Führung gesprochen werden sollte. Und das taten die Teilnehmenden auf der Grundlage von Workshop-Formaten wie zum Film

„Die stille Revolution“ und zur Ausstellung „Der Grenzgang“ sowie im Nachgang zu dem Vortrag „Agilität und neue Führung“ von Dr. Marcus Raitner, IT-Zentrum der BMW-Group in München und Autor des „Manifestes für menschliche Führung“. So ist es nur logisch, dass der Aspekt Führung auch Eingang in die neue Landesstrategie mit der Bezeichnung Strategie 2027 gefunden hat. Diese wurde im Anschluss an die Forumseröffnung durch den Landespolizeipräsidenten Axel Brockmann und den Strategiereferenten

Michael Hasselmann vorgestellt. Die Strategie 2027 wird zum 1. Januar 2020 die bisherige Strategie 2020 ablösen. In dem neuen strategischen Zielsystem findet sich unter den insgesamt zehn strategischen Zielen auch ein Ziel zur „Förderung der demokratischen Resilienz“. Hierbei geht es insbesondere um die Rolle der Polizei Niedersachsen, die fußend, auf den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, einen wichtigen Beitrag im gesamtgesellschaftlichen Diskurs einnimmt.



Das Moderatoren-Team Jasmin Mohrmann und Michael Hasselmann führte durch die zweitägige Veranstaltung.

Dieses Ansinnen untermauerte auch Innenminister Boris Pistorius in seiner Begrüßungsrede, bevor Dr. Dirk Götting von der Polizeiakademie Niedersachsen mit seinem Vortrag das Thema in beeindruckender Weise historisch einordnete. In zwei an beiden Tagen im Wechsel angebotenen Workshop-Formaten konnten die Teilnehmenden dann mit Dr. Dirk Götting sowie mit Dr. Kirsten Minder und Thomas Müller vom Landesdemokratiezentrum Niedersachsen in einen vertiefenden Austausch gehen. Axel Brockmann betonte in seiner Rede die nach wie vor bestehenden Wesensmerkmale der Landesstrategie zu Beteiligung,

Transparenz und konstruktiv-kritischem Austausch. Auf dem von den Behörden mit viel Aufwand gestalteten Messegelände konnten die Teilnehmenden sich zwischen den einzelnen Vorträgen zur Fachstrategie Verkehr, neuen Mobilitätsformen sowie der schon bestehenden Ausgestaltung agilen Arbeitens informieren. Mit einem hochinteressanten Vortrag zum Thema „Künstliche Intelligenz“ von Dr. Thomas Thiele von der Deutschen Bahn AG sowie einem klaren Bekenntnis des Staatssekretärs Stephan Manke zur Fortsetzung dieser Veranstaltungsreihe endete das Strategieforum 2019.

Michael Hasselmann



Viola Heinemann werden unter Anleitung von Hans-Peter Schütte in einem Simulator die Gefahren von Ablenkung im Straßenverkehr praktisch aufgezeigt.



Fotos (4): Polizei

Polizeipräsident Johann Kühme bei der Erprobung neuer Mobilitätsformen.



Polizei Niedersachsen
STRATEGIE 2027

Unsere Vision:
WIR leben vor der Lage.

WIR sind eine lernende, erfolgreiche und attraktive Organisation.

WIR beherrschen Konflikte, gehen entschlossen gegen Gewalt vor und bekämpfen kriminelle Strukturen.

WIR beugen extremistischen/terroristischen Gefahren vor und bekämpfen entsprechend motivierte Straftaten konsequent und handlungssicher.

WIR gewährleisten mit einem dynamischen, aufgabenorientierten Finanzmanagement einen vorausschauenden, flexiblen Mitteleinsatz.

WIR verstehen Entwicklung und Veränderung als Chance und Notwendigkeit.

WIR führen auf der Basis von Offenheit und Vertrauen partnerschaftlich, mitarbeiter- und aufgabenorientiert.



WIR begleiten Entwicklungen sich verändernder Mobilität und nutzen deren Möglichkeiten, auch für die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

WIR leben Digitalisierung, kennen den Nutzen neuer Technologien und setzen diese mit qualifiziertem Personal in allen Handlungsfeldern zielgerichtet ein.

WIR bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.

WIR gestalten ein modernes, gesund erhaltendes Arbeitsumfeld, in dem Dienstliches und Persönliches in Einklang gebracht werden.

WIR ermöglichen und leben Diversität.

WIR erfüllen unsere Kernaufgaben • Gefahrenabwehr • Kriminalitätsbekämpfung • Verkehrssicherheitsarbeit • Einsatzbewältigung • Präsenz & Bürgernähe

Zuverlässigkeit.
Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich.

Achtung.
Im Mittelpunkt steht der Mensch.

Gerechtigkeit.
Unser Antrieb und Anspruch.

PROJEKT „NEUE DIENSTHOSE“

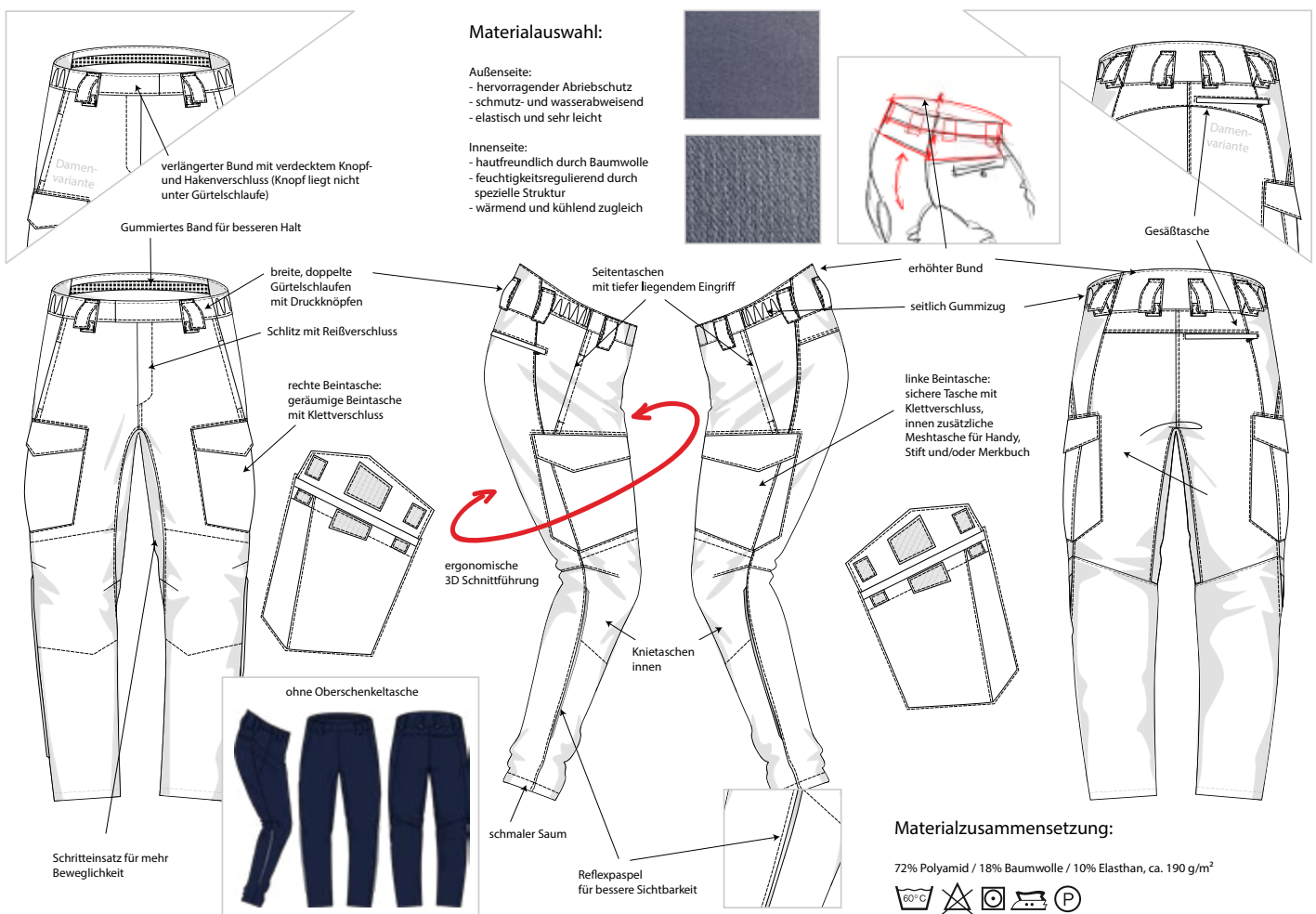
Eine für Alles

Am 23. September ist der Startschuss für die Erprobung der neuen Diensthose gefallen. Die Hosen wurden an die 110 Erprobungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ausgegeben und die Hintergründe der Entwicklung der Hose erläutert. Ziel der Erprobung ist es, die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen allseitig zu erfassen und die Hose mit dem Feedback weiter zu optimieren.

Die immer lauter werdenden Wünsche nach Veränderungen bei den Diensthosen (Cargo- und Chinohose) haben dazu geführt, dass mit Beginn des Jahres 2019 die ersten Überlegungen für eine sinnvolle Verbesserung angestellt wurden. In einer kurzen ersten Umfrage in diversen Polizeidienststellen wurden die grundlegenden Bedürfnisse hinsichtlich der Diensthosen erhoben. Es wurde schnell

klar, dass eine umfassende Überarbeitung der bisherigen Modelle notwendig sein würde. Um die Schwachstellen der vorhandenen Modelle herauszufiltern, wurde (bislang deutschlandweit einmalig) von Textilingenieuren, Bekleidungsingenieuren, Modedesignern, Grafikern und Produktdesignern eine Bewegungsanalyse der Hosen unter wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt. Hierfür wurden

von mehreren Kolleginnen und Kollegen alltägliche Situationen nachgestellt. Auf Basis der Ergebnisse der Bewegungsanalyse entstanden erste Varianten der neuen Diensthose. Dabei wurde besonders auf eine gendergerechte, bedarfsorientierte Designerstellung Wert gelegt, welche auch die zahlreichen Wünsche der Kolleginnen und Kollegen mit einbezog. Das Resultat: Eine Hose die sowohl den



Wünschen der Kolleginnen und Kollegen sowie den wissenschaftlich erhobenen Belastungsansprüchen des Berufsalltags gerecht werden kann.

In einem ersten Prototyp der Hose wurden die bisherigen Chino- und Cargohosen im Schnitt zusammengeführt. Eine neue, dreidimensionale, ergonomische Schnittführung sorgt für angenehme Bewegungsfreiheit, eine schmale Silhouette und ein modernes Design. Sowohl eine Damen-, als auch eine Herrenvariante der Diensthose wurden gendergerecht entwickelt. Die Hose soll zudem in den zwei Passformen Slim und Regular fit sowie mit oder ohne Oberschenkeltaschen zur Verfügung stehen. Wichtig war, dass die neue Hose der Polizei Niedersachsen nach außen hin ein einheitliches Bild vermittelt, welches Souveränität und Freundlichkeit im Auftreten zusammenführen kann.

Neuen Komfort bietet vor allem das elastische Material, welches in verschiedensten Einsatzlage Bewegungsfreiheit und angenehme Flexibilität ermöglicht. Der hochgezogene Bund unterstützt das Hinknien und verhindert ein unangenehmes „Freiwerden“ des Rückens. Wie gewünscht wurden die Druckknöpfe der Oberschenkeltaschen durch Klettverschlüsse ersetzt und zudem breite, doppelte Gürtelschnallen für das komfortable Tragen der Koppel angebracht. Darüber hinaus befinden sich im Inneren der Hose Knietaschen, welche den Einschub von Polstern ermöglichen. Außen sind dezente retroreflektierende Streifen angebracht. Das Material besitzt wärmende und kühlende Eigenschaften zugleich, sodass die Diensthose auf jedes Klima ausgelegt ist.

Die Erprobung der Hose wird Ende November 2019 beendet sein. Die Erfahrungen der Erprobungsteilnehmerinnen und -teilnehmer fließen direkt in die weitere Gestaltung der Diensthose ein. Neben Niedersachsen erproben auch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein diese Hose. Ziel ist es, die neue Hose gemeinschaftlich innerhalb der Beschaffungskoooperation einzuführen. Bis die Hose bestellbar ist, wird jedoch noch etwas Zeit vergehen.

Simon Müller, Thomas Prange

PD GÖTTINGEN

Gerd Lewin ist neuer PVP

Bereits seit dem 2. September 2019 hat Gerd Lewin die Arbeit als neuer Vizepräsident in der Polizeidirektion (PD) Göttingen aufgenommen und tritt damit die Nachfolge von Bernd Wiesendorf an.

Als „ausgewiesenen Fachmann für große Einsatzlagen“ bezeichnete Uwe Lührig, Präsident der PD Göttingen Gerd Lewin bei dessen offizieller Begrüßung. Der zuletzt als Leiter des Referates für Einsatz und Verkehr im Innenministerium tätig gewesene Lewin ist im Jahr 1980 in den Polizeidienst eingetreten, war sowohl im gehobenen als auch im höheren Dienst als Fachlehrer bzw. Dozent in Hann. Münden und Oldenburg tätig und leitete in der Landeshauptstadt unter anderem die Polizeiinspektionen Mitte und Ost. Der 58-jährige verheiratete Familienvater wohnt aktuell in Burgdorf, plant aber

gemeinsam mit seiner Frau noch in diesem Jahr nach Hann. Münden zu ziehen. Zu seiner neuen Aufgabe in Göttingen sagte Gerd Lewin in seiner Antrittsrede: „Meiner neuen Aufgabe begegne ich mit großem Respekt, freue mich aber auch darauf, mich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeidirektion Göttingen den aktuellen und künftigen Herausforderungen zu widmen. Die gute Zusammenarbeit, die ich bereits in den ersten Wochen kennenlernen durfte, möchte ich dabei auf allen Ebenen sehr gern fortsetzen.“

Julia Huhnold



Der neue Vizepräsident Gerd Lewin (l.) gemeinsam mit Polizeipräsident Uwe Lührig

PSYCHOSOZIALE PROZESSBEGLEITUNG

Kennen Sie den § 406g StPO?

Opfer von schweren Straftaten sind häufig traumatisiert. Sie befinden sich in einer emotionalen Ausnahmesituation, und so kann eine Aussage als Zeugin oder Zeuge in einem Verfahren die Opfer noch zusätzlich, insbesondere psychisch, belasten. Daraus ergeben sich auch teilweise Probleme in der polizeilichen Ermittlungsarbeit: Das traumatisierte und psychisch angegriffene Opfer ist häufig nicht in der Lage, als glaubwürdiger und zuverlässiger Zeuge am Strafverfahren mitzuwirken.

Um das Opfer zu stabilisieren und es auf seinem Weg der Verarbeitung der Straftat zu unterstützen, gibt es die im § 406g Strafprozessordnung (StPO) normierte psychosoziale Prozessbegleitung.

Seit Januar 2017 erhalten einige Opfergruppen die Möglichkeit, sich von speziell fortgebildeten psychosozialen Prozessbegleiterinnen und -begleiter unterstützen zu lassen. Sie sollen mit ihrer Arbeit dabei helfen, die Opfer psychisch zu stabilisieren und ihre Belastung in einem Strafverfahren zu reduzieren.

Bei der psychosozialen Prozessbegleitung, die in § 406g StPO geregelt ist, handelt es sich um eine besonders intensive Form der Unterstützung für schutzbedürftige Verletzte von Straftaten vor, während und nach einem Strafverfahren. Im besten Falle kann sie bereits vor einer Anzeigeerstattung in Anspruch genommen werden.

Die Betreuung erfolgt durch qualifizierte Fachkräfte im Rahmen spezieller Qualitätsstandards der Sozialarbeit. Die psychosozialen Prozessbegleiterinnen und -begleiter vermitteln umfassende Informationen

zum Ablauf eines Ermittlungs- und Strafverfahrens sowie zu den Rechten und Pflichten von Zeuginnen und Zeugen. Sie verfügen über ein breites Netzwerk an Unterstützungsmöglichkeiten für verschiedenste Zielgruppen und arbeiten vertrauensvoll mit anderen im Verfahren tätigen Professionen zusammen. Auch bei der Bearbeitung alltagsbezogener Problemlagen leisten sie Unterstützung.

Psychosoziale Prozessbegleitung ist von einer juristischen Vertretung oder Beratung sowie Psychotherapie abzugrenzen.





Darüber hinaus dient sie nicht der Sachverhaltsaufklärung. Infolgedessen werden mit den Verletzten keine Gespräche über den zur Verhandlung stehenden Sachverhalt geführt.

§ 406g StPO legt fest, dass grundsätzlich alle Verletzten von Straftaten eine psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch nehmen können. Ein ausgewählter Personenkreis kann das Angebot darüber hinaus kostenlos in Anspruch nehmen. Dabei handelt es sich vor allem um Kinder und Jugendliche, die Opfer einer Sexual- oder Gewalttat geworden sind, sowie erwachsene Opfer von Sexual- und Gewalttaten, wenn durch das Gericht eine besondere Schutzbedürftigkeit festgestellt worden ist.

In jedem Falle sind durch die verletzten Personen oder deren Sorgeberechtigten ein Antrag zu stellen. Dieser Antrag kann bereits im Ermittlungsverfahren formlos beim zuständigen Gericht gestellt werden. Sollte ein Antrag bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft eingereicht werden, so ist dieser an das zuständige Gericht weiterzuleiten.

Um von einem Gericht beigeordnet zu werden, benötigen die psychosozialen Prozessbegleiterinnen und -begleiter eine Anerkennung durch das jeweilige Bundesland. In Niedersachsen fungiert das Niedersächsische Justizministerium als Anerkennungsbehörde.

Das Justizministerium

veröffentlicht auf dem Landesjustizportal:

www.justizportal.niedersachsen.de

unter: → Bürgerservice → Opferschutz
→ Psychosoziale Prozessbegleitung

eine elektronische Liste aller in Niedersachsen anerkannten Fachkräfte. Derzeit sind im Land 51 Fachkräfte sowohl bei der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen als auch bei diversen freien Trägern tätig.

Gegenüber den übrigen Bundesländern existieren in Niedersachsen Besonderheiten: Das Land verfügte bei Inkrafttreten des gesetzlichen Anspruchs im Jahr 2017, wenn auch in kleinerem Umfang, über eine bereits vierjährige Praxis. Damit nimmt Niedersachsen bis heute bundesweit eine Vorreiterstellung ein.

Eine Eingrenzung der Zielgruppe, wie es das Bundesgesetz vornimmt, existierte bis zum 01.01.2017 nicht. Aus diesem Grund erfolgt die Hilfestellung der psychosozialen Prozessbegleiterinnen und -begleiter in Niedersachsen weiterhin unabhängig von Delikt und Alter. Auch wenn in Fällen, die nicht unter die gesetzliche Regelung fallen, eine Beordnung durch ein Gericht nicht in Frage kommt, so ist eine Betreuung der Verletzten und eine professionelle Begleitung in diesem Rahmen möglich. Es ist demnach immer ratsam, eine anerkannte Fachkraft hinzuzuziehen, wenn ein besonderer Unterstützungsbedarf gesehen wird.

Beim Justizministerium wurde eine Koordinierende Stelle eingerichtet, die insbesondere Informationsmaterialien zur Verfügung stellt, durch Vorträge über die Thematik informiert und Anfragen aus dem gesamten Land beantwortet. Bei der Koordinierenden Stelle können jederzeit und kostenlos die landeseinheitlichen Flyer „Psychosoziale Prozessbegleitung in Niedersachsen“ angefordert werden.

Anke Arnold, Andrea Sieverding

Erreichbarkeit der Koordinierenden Stelle:

Telefon: 0511 120-8728

MJH-KoordinierungsstelleProbe@justiz.niedersachsen.de

Eine psychosoziale Prozessbegleitung ist auf Antrag zwingend beizuordnen (§ 406 g Abs. 3 S. 1 StPO), wenn:

die zur Tatzeit jünger als 18 Jahre waren und Opfer von Sexualdelikten (13. Abschnitt des StGB) geworden sind.

die zum Zeitpunkt der Antragstellung jünger als 18 Jahre waren und Opfer von Delikten gem. § 397a Abs. 1 Nr. 5 StPO (schwere Gewaltdelikte) geworden sind.

oder

die ihre Interessen nicht selbst vertreten können und Opfer von Sexualdelikten (13. Abschnitt des StGB) geworden sind.

die ihre Interessen nicht selbst vertreten können und Opfer von Delikten gem. § 397a Abs. 1 Nr. 5 StPO geworden sind.

Eine psychosoziale Prozessbegleitung kann beigeordnet werden (§ 406 g Abs. 3 S. 2 StPO), wenn:

die Opfer von versuchten Tötungsdelikten geworden sind oder Angehörigen von Opfern von Tötungsdelikten.

die Opfer einer Straftat nach § 177, 179, 232-232b, 233a, 184 j iVm 177 geworden sind.

oder

die Opfer von schweren Gewaltdelikten (z. B. schwere Körperverletzung, Raub) geworden sind und die Tat zu schweren körperlichen oder seelischen Schäden geführt hat oder voraussichtlich führend wird.

UND

der Verletzte besonders schutzbedürftig ist.



LSBTI

Bundeskongress in Lüchow

Die Regenbogenfahne steht weltweit für Menschenrechte, für Aufbruch, Veränderung und Frieden, und sie gilt als Zeichen der Toleranz und Akzeptanz, der Vielfalt von Lebensformen, der Hoffnung und der Sehnsucht und natürlich für die Liebe, die Respekt verdient.

Der Anstieg der Zahlen in Sachen Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung ist deutlich erkenn- und spürbar. Die Dunkelziffer ist erschreckend groß. LSBTI-Bürgerinnen und Bürger (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transidentitäten, Interidentitäten) werden auf offener Straße angegriffen, beleidigt, bespuckt, gehetzt, verletzt und diskriminiert.

Während es vielerorts heißt, LSBTI-Menschen hätten doch bereits alles erreicht, gibt es Strömungen, die nicht-heteronormatives Leben abwertend deklarieren und gesetzliche Neuerungen zurückdrehen wollen.

Das dritte Geschlecht, die Intergeschlechtlichkeit und die Transidentität und alle vielfältigen Geschlechtsidentitäten sind ein fester Bestandteil unserer modernen Gesellschaft. Diese neuen Veränderungen benötigen Sensibilisierung, Wissenstransfer und Informationsweitergabe, um somit Diskriminierung von Amts wegen zu verhindern, vorzubeugen und die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen.

Neben LSBTI-Polizeibediensteten haben auch die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland einen grundgesetzlichen Anspruch, in den 16 Länderpolizeien und der Bundespolizei bei den

Themen Strafverfolgung, Verhütung von Straftaten (Stichwort Hasskriminalität) und Diversität/Fortbildungen gleich hohe Standards vorzufinden.

Genau aus diesem Grund fand Anfang September erstmalig an der Polizeiakademie Niedersachsen, Standort Lüchow, der viertägige Bundeskongress für Ansprechpersonen LSBTI (AP LSBTI) und Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) in den deutschen Polizeien statt.



Yasemin Dietrich begrüßt die Teilnehmenden



Reger Austausch

Es nahmen 55 AP LSBTI/AgL der Länderpolizeien und Bundespolizei teil, um aktuelle Themen zu besprechen und ihre Vernetzung voranzutreiben. Neben hochrangigen Ehrengästen und Führungskräften der Polizei Niedersachsen war auch Besuch aus England sowie Referenten aus der Wissenschaft und Politik vor Ort. Untermalt wurde der Anlass durch schwunghafte Stücke der Band des Polizeiorchesters Niedersachsen.

Durch diesen Bundeskongress AP LSBTI/AgL ergab sich der wichtige, erforderliche Länderaustausch, topaktueller Wissenstransfer, Sensibilisierung, um somit auch zukünftig unsere Polizeibehörden und Ministerien in dem Themenfeld LSBTI fachkompetent unterstützen zu können.

Dieser Austausch und die Festlegung neuer Ziele sind unverzichtbar, um den aktuellen und rasanten Veränderungen unserer vielfältigen Gesellschaft begegnen zu können. Wir ermöglichen und leben Diversität!

Yasemin Dietrich



Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer

Fotos (3): Polizei

GEGEN HASS UND BELEIDIGUNGEN IM NETZ:

Informationskampagne für Amts- und Mandats-tragende

Hasskommentare, Drohungen, Beleidigungen: Immer häufiger werden Amts- und Mandatsträger in Deutschland Opfer von sogenanntem hate speech.

Auf Initiative des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius ist die landesweite Informationskampagne der Niedersächsischen Landesregierung zur „Sicherheit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sowie in der Öffentlichkeit stehenden Personen“ gestartet.

Den Startschuss gaben am 17. September Innenminister Boris Pistorius und Polizeipräsident Johann Kühme in der PD Oldenburg. „Wir stärken mit der Kampagne den Menschen den Rücken, die sich jeden Tag in der Öffentlichkeit für unseren demokratischen Staat einsetzen, und wollen damit einen Beitrag für eine mutige und wehrhafte Demokratie leisten“, sagte Pistorius. Auf den Veranstaltungen informieren Expertinnen und Experten des LKA Niedersachsen und des Niedersächsischen Verfassungsschutzes über Entwicklungen im Extremismus und der politisch motivierten Kriminalität – und beraten die Teilnehmenden mit Hinweisen und Verhaltensempfehlungen. Neben den vergangenen Regionalkonferenzen im September (Braunschweig, Göttingen) und Oktober (Hannover) folgen im November noch Veranstaltungen in Osnabrück (12.11.) und Lüneburg (22.11.).

Red.



Stand der Polizeiakademie

Fotos (2): Polizei

„EIN TEAM, EIN ZIEL“

PA überzeugt mit einem Stand bei Xletix

Viel Teamgeist, Adrenalin und eine ordentliche Portion Schlamm gab es beim Hindernislauf Xletix in Stadtoldendorf am 17. August zu erleben. Das Team der Nachwuchsgewinnung war bereits im zweiten Jahr bei diesem Sportevent zur Imagepflege mit einem Stand vertreten und wurde tatkräftig von zwei Kollegen des Polizeikommissariats Bad Pyrmont unterstützt.

Besonders positiv wurde das Rauschbrillen-Torschießen angenommen, bei dem den Besuchern eine Brille zur Verfügung gestellt wurde, die einen Rauschzustand von 1,3 Promille simulierte. Mit aufgesetzter Brille sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Glück versuchen und auf ein zirka vier Meter entferntes, aufblasbares Minifußballtor schießen. Darüber hinaus konnten sich die Sportlerinnen und Sportler an unserer Klebe-Tattoo-Station bedienen und sich z. B. mit dem Spruch „Schneller als die Polizei erlaubt“ auf der Haut der Laufstrecke widmen. Für die Besucherinnen und Besucher, die eine Verschnaufpause benötigten, stand unsere Chill-Out-Area mit unseren Liegestühlen zum Relaxen und Entspannen zur Verfügung.

Ein weiteres Highlight war das von der Polizei Niedersachsen gebrandete Hindernis namens „Super Swing“. Dabei handelte es sich um ein Stahlgerüst, das mit zwei Werbebannern von uns versehen war. An dem Gerüst waren mehrere Seile nebeneinander befestigt, mit deren Hilfe sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über einen großen Wassergraben schwingen mussten. Bereits im Vorfeld meldeten sich Studierende der Polizeiakademie in kleinen Laufgruppen für den Matschparcours an. Sie erhielten von uns ein gelbes Polizei-Laufshirt und sorgten somit für eine gute Sichtbarkeit auf der Strecke. Damit konnte sich die Polizei Niedersachsen auch in diesem Jahr erneut als moderner Arbeitgeber präsentieren.

Aileen Noeske



Die Laufgruppe setzt sich aus Studierenden verschiedener Standorte zusammen

MOBILES LABOR

Algerische Delegation beeindruckt

Das 2017 in Dienst gestellte Laborfahrzeug des Kriminaltechnischen Instituts (KTI) beim Landeskriminalamt (LKA) erweist sich im Flächenland Niedersachsen inzwischen als unentbehrliches Einsatzmittel.

Bei Zeit- und Sofortlagen lässt sich damit ein komplettes Labor mit wissenschaftlicher Messtechnik an Tat- und Ereignisorte verlasten. Damit können direkt vor Ort Analysen durchgeführt und so zeitnahe neue Erkenntnisse erlangt werden.

von Dr. Christian Vidal, Dezernatsleiter Chemie des LKA, in die Konzeption des Laborfahrzeugs eingeführt. Sie diskutierten im Anschluss auf hohem fachlichem Niveau Aspekte der Ausstattung und Einsatztaktik bei der Untersuchung unbe-

kannter Substanzen. Anhand einiger von Mitarbeiterinnen des KTI beispielhaft durchgeführter Messungen erhielten die Gäste auch einen praktischen Eindruck von den mit dem mobilen Labor verbundenen Fähigkeiten. Dr. Christian Vidal

In einem Flächenland ganz anderer Dimension – Algerien mit einer Landesfläche von über zwei Millionen Quadratkilometern (zum Vergleich: Niedersachsen – 47600 Quadratkilometer) steht die Polizei ebenfalls vor der Herausforderung, leistungsstarke Messverfahren zur Analyse von Drogen und Gefahrstoffen dezentral anbieten zu können. Auf Vermittlung des BKA besuchte am 19. September eine Delegation der Algerischen Polizei das LKA Niedersachsen. Die algerischen Polizeivertreter Benakmoum Tahar, Bendaïda Kamel und Tebbi Salah Eddine wurden



Das Laborfahrzeug des LKA weckte das Interesse der Algerischen Polizei

Foto: Polizei

AKTUELL

BEAMTINNEN IN SPITZENÄMTER

Ein Zeichen für Chancengleichheit:



Andrea Menke, Innenminister Boris Pistorius und Nicola Simon

Foto: MI

Am 26. August wurden Andrea Menke, Leiterin der PI Osnabrück, und Nicola Simon, Leiterin der PI Emsland/Grafschaft Bentheim, zu Leitenden Polizeidirektorinnen in der PD Osnabrück befördert.

Erstmals leisten somit drei Polizeivollzugsbeamtinnen ihren Dienst bei der niedersächsischen Polizei im Statusamt A 16 NBesG. „Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass es gelingt, gezielt Frauen in Spitzenämter der niedersächsischen Polizei zu bringen“, sagte Innenminister Boris Pistorius.

Red.

CYBERGUIDE

Erstes digitales Assistenzsystem der Polizei Niedersachsen

Assistenzsysteme gewinnen in sämtlichen Bereichen, so auch bei der Polizei an Bedeutung. Der Cyberguide wurde als Unterstützungssystem entwickelt, um den Kolleginnen und Kollegen die mit der Digitalisierung einhergehenden neuen Prozesse zu erleichtern.

Der Cyberguide ist ein digitales Assistenzsystem, welches das Wissen der Beamtinnen und Beamten aus ganz Niedersachsen bündelt, die Anzeigenaufnahme im Bereich der Cyberkriminalität begleitet und so unterstützt, dass selbst unerfahrene Beamtinnen und Beamte eine qualifizierte Strafanzeige aufnehmen und frühzeitig geeignete Maßnahmen zum Schutz der Güter der Geschädigten einleiten können. Hierdurch soll Handlungssicherheit geschaffen werden und die Kompetenz der Polizei in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger steigen. Zudem soll auch der Ermittlungsbereich profitieren, indem Ermittlungsunterstützungen geboten und Nachermittlungen überflüssig werden. Dies war einst die Vision, aus der sich der Auftrag zur Entwicklung des Prototyps des ersten digitalen Assistenzsystems entwickelte.

Der Cyberguide ist ein Projekt der PD Braunschweig, die seit 2016 an dieser Aufgabe arbeitet. Bei der Entwicklung wurde die Projektgruppe technisch durch die ZPD sowie fachlich durch die anderen niedersächsischen Polizeidirektionen unterstützt.

Ein besonderes Augenmerk der Entwickler lag auf der Benutzerfreundlichkeit sowie der Leistungsstärke und Zukunftsfähigkeit des Systems.

Die Systemplattform ist so konzipiert, dass die Modellierung von Informations- und Entscheidungsprozessen durch polizeiliche Sachbearbeiter ohne spezielle IT-Kenntnisse ermöglicht wird. Durch diese Innovation kann das vorhandene Expertenwissen innerhalb der Organisation weitergeben und für alle Kolleginnen und Kollegen rund um die Uhr bereitgestellt werden.

Inzwischen ist die Entwicklung so weit vorangeschritten, dass sich das Projekt seit Juli 2019 in der Erprobungsphase befindet. In der PD Braunschweig kann der Cyberguide für die Anzeigenaufnahme von Delikten im Bereich der Cyberkriminalität im Echtbetrieb genutzt werden. Mit dem Cyberguide ist ein innovatives Assistenzsystem entwickelt worden, bei dem der Servicegedanke im Vordergrund steht. Bereits nach kurzer Zeit fand das System großen Anklang und bekam durchweg positive Feedbacks.

Durch die hohe Flexibilität des Systems können im Rahmen des Feedbacks gegebene Prozessoptimierungen unmittelbar aufgegriffen, analysiert und umgesetzt werden. Diese Möglichkeit stellt insbesondere in schnelllebigem und sich stetig verändernden Deliktsbereichen einen großen Vorteil dar.

Aktuell wird dem MI ein Erprobungsbericht vorgelegt, welcher als Grundlage für die Entscheidung einer möglichen Fortentwicklung dieses Systems dienen soll.

In einer Pressemitteilung des Innenministeriums vom 6. September zum Strategieforum 2019 wurde der Cyberguide bereits konkret benannt.

Aufgrund der durchweg positiven Rückmeldungen der Basis, des Anstiegs der Nutzerzahlen sowie der Positionierung des MI zum „Cyberguide“ ist die Projektgruppe aber auch die PD Braunschweig der festen Überzeugung auf dem richtigen Weg zu sein.

Lisa Rackow

Willkommen beim Cyberguide

Dein Onlineassistent für Cybercrime



Stichwortsuche

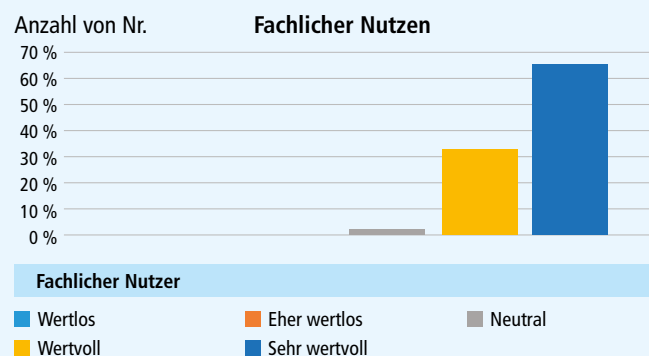
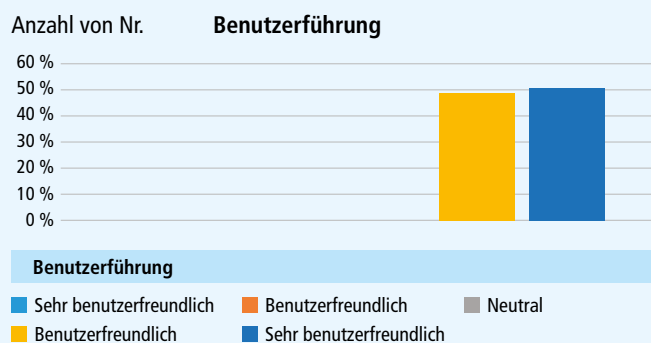
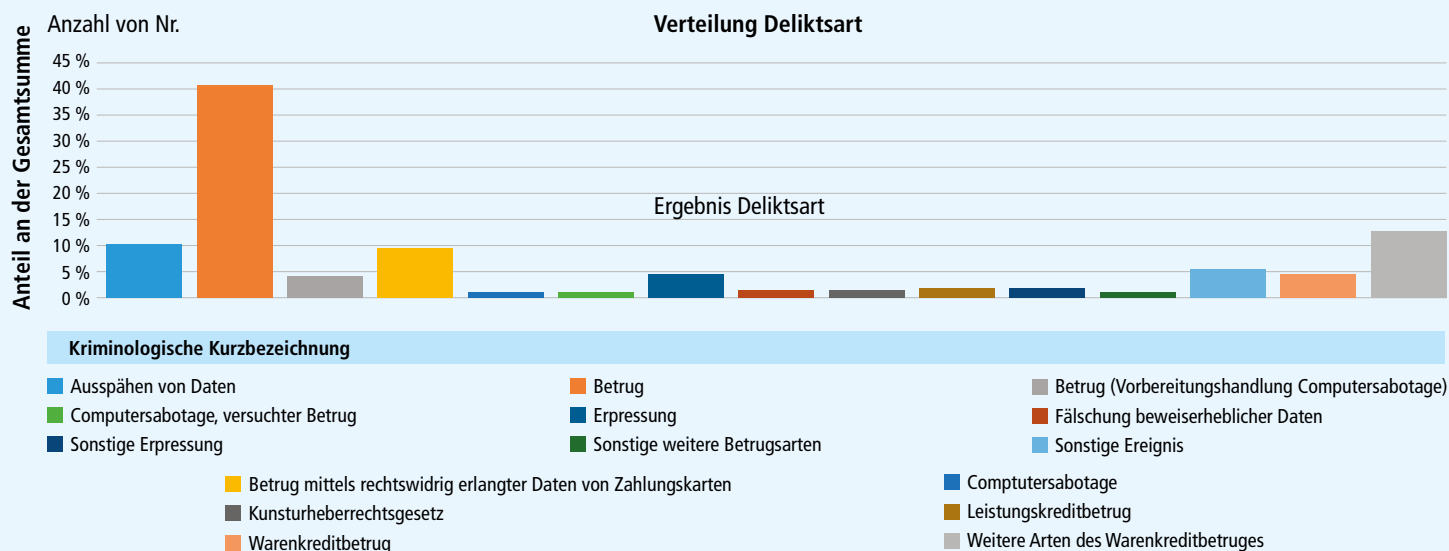
Identifiziere zunächst mit einem Suchbegriff Deiner Wahl den für Deine Anzeigenaufnahme relevanten Modus Operandi.



Sachverhaltsselektion

Alternativ kannst Du durch die Beantwortung kurzer verständlicher Fragen mit einer Auswahl von Antwortmöglichkeiten den Modus Operandi eingrenzen.

[Erste Schritte](#) | [Themenübersicht](#) | [M-Teams](#) | [FAQ](#) | [Feedback](#) | [Administration](#) | [Impressum](#)





11. BACHELORSTUDIENGANG

772 Absolventen verabschiedet

Die Swiss Life Hall in Hannover war bis auf den letzten Stuhl gefüllt, als beim diesjährigen Festakt den Studierenden der Polizeiakademie Niedersachsen der Grad Bachelor of Arts verliehen wurde. Die 772 Absolventinnen und Absolventen besiegelten damit ihr erfolgreiches Studium, das sie vor drei Jahren an den Studienorten Nienburg/Weser, Oldenburg und Hann. Münden begonnen hatten. Neben der Verleihung erfolgte auch die Ernennung zu Polizeikommissarinnen und Polizeikommissaren. Unter den Absolventen befanden sich drei Spitzensportlerinnen aus den Bereichen Judo, Taekwon-Do/Kickboxen und Wasserball.



Mit Blick auf den Start ins Berufsleben bestärkte der Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, Carsten Rose, in seiner Begrüßung die angehenden Kommissarinnen und Kommissare: „Es wird nicht immer leicht, aber Sie werden nicht alleine sein, denn unsere Polizeiarbeit ist gelebte Teamarbeit. Ab morgen werden Sie in diesem Team ihr Können und Wissen einbringen.“ Das wichtigste Führungs- und Einsatzmittel sei das gesprochene Wort, die Kommunikation. „Es liegt im besonderen Interesse der niedersächsischen Polizei, durch Offenheit, Dialog und Transparenz das Vertrauen in unser Handeln zu erhöhen und Akzeptanz für notwendige Maßnahmen zu erreichen. Dabei gilt: Immer gesprächsbereit, bürger-nah und bürgerfreundlich – wenn nötig aber auch entschlossen, robust und durchsetzungsstark. Und genauso wichtig wie für uns das gesprochene Wort ist, genauso aufmerksam müssen wir sein, wenn andere Wort ergreifen.“

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, sprach in seiner Festrede den Absolventinnen und Absolventen seine Anerkennung aus: „Polizistin oder Polizist zu sein, das ist eine Lebenseinstellung, eine Überzeugung: Diese jungen Frauen und Männer treten für das Gemeinwohl in unserer Gesellschaft ein, sie setzen sich für die Sicherheit der Menschen vor Ort ein und übernehmen damit große Verantwortung. Das ist nicht selbstverständlich. Ich freue mich, dass Sie diesen Weg gegangen sind und jetzt zur Polizei Niedersachsen gehören.“

Stellvertretend für die Absolventinnen und Absolventen resümierten Sarah Heise (Studienort Oldenburg) und Pascal Will (Studienort Nienburg) den Verlauf ihres Studiums: „Uns wurden wichtige Eigenschaften, auf die es im Polizeialltag ankommt, vermittelt. Werte wie Toleranz und Fairplay. Charakterstärke und Menschlichkeit. Gerechtigkeit und soziale Kompetenz. Die Fähigkeit, sich in andere Menschen hinein zu fühlen, also empathisch auf unsere Mitmenschen zuzugehen.“

Als Schirmherr des Polizei.Akademie Award 2019 prämierte Pistorius herausragende Bachelorarbeiten.



Innenminister Boris Pistorius hielt die Festrede

Der vom Förderverein der Polizeiakademie ausgelobte Award wird an Arbeiten verliehen, die mit hoher Praxisrelevanz Handlungsansätze aus dem Spektrum der polizeilichen Arbeit aufgreifen. Rose ehrte die jahrgangsbesten Absolventinnen und Absolventen sowie Studierende, die über die gesamte Studienzeit ein besonderes Maß an Engagement auszeichnete.

Über 4.400 Gäste besuchten die Veranstaltung und signalisierten auf diese Weise ihre Verbundenheit zur Polizei

Niedersachsen. Musikalisch wurde die Veranstaltung durch das Polizeiorchester Niedersachsen unter der Leitung von Thomas Boger begleitet.

Die jungen Kommissarinnen und Kommissare werden zum 1. Oktober in die Polizeidienststellen des Landes versetzt. Zeitgleich beginnen Anfang Oktober 2019 rund 940 neue Studierende ihr dreijähriges Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen.

Patricia Höft



Carsten Rose, Direktor der PA, begrüßt die Absolventinnen und Absolventen

Fotos (4): Polizei



Deutsche Polizeimeisterin 2019 über 5000 Meter Tabea Themann (mitte), mit der zweitplatzierten Isabel Appelt (li.) und drittplatzierten Christiane Pilz (re.)



Fotos: Polizei

GÖTTINGEN

37. DPM in der Leichtathletik

In der Geschichte der Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) in der Leichtathletik wird es immer eine Besonderheit bleiben, wenn die Wettkämpfe zum zweiten Mal in derselben Stadt ausgetragen werden. Eine dieser Städte ist Göttingen: Nach 1999 war die Universitätsstadt in diesem Jahr erneut Austragungsort für die DPM.

Die rund 270 Leichtathletinnen und -athleten aus allen Bundesländern sowie von der Bundespolizei traten am 28. und 29. August 2019 bei der 37. Auflage der Wettkämpfe im Göttinger Jahnstadion gegeneinander an.

Veranstalter der zweijährlichen Meisterschaften ist das Deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK). In diesem Jahr wurde die Polizeidirektion (PD) Göttingen mit der Durchführung beauftragt, die die Organisation der ortsansässigen Polizeiinspektion übertrug. Mit tatkräftiger Unterstützung des Niedersächsischen und Hessischen Leichtathletik-Verbandes, der 5. Bereitschaftspolizeiunterstützung Göttingen, der Polizeiakademie Niedersachsen sowie weiterer Spezialisten aus Niedersachsen wurde die Meisterschaft zu einer gelungenen Veranstaltung. Die Versorgungsgruppen aus Hameln, Hildesheim und Göttingen konnten zudem ihr Verpflegungs-Knowhow unter Beweis stellen. Der erste Wettkampftag begann bei herrlichem Sonnenschein mit der Eröffnungszeremonie und dem

Einmarsch der Mannschaften ins Stadion. Für den würdigen musikalischen Rahmen sorgte das Polizeiorchester Niedersachsen unter der Leitung von Thomas Boger.

In Vertretung für den niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius eröffnete Staatssekretär Stephan Manke die Wettkämpfe. Offiziell begrüßt wurden die Aktiven auch von Gastgeber Uwe Lührig, Präsident der PD Göttingen, und vom Göttinger Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler. Das DPSK wurde vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden Roland Küpper (NRW) und Uwe Lange, Polizeisportbeauftragter des Landes Niedersachsen und Polizeivizepräsident der Zentralen Polizeidirektion.

Im Anschluss verfolgten die Besucherinnen und Besucher, die aus ganz Deutschland angereist waren, eine Vielzahl spannender Wettkämpfe. Im Fokus standen dabei auch die Nachwuchstalente des deutschen Spitzensports. Am Ende stand in 18 Disziplinen bei den Frauen bzw. 21 Disziplinen bei den Männern fest, wer als

Deutsche Polizeimeisterin oder Deutscher Polizeimeister zurück in die Heimat fahren konnte.

Für die Polizei Niedersachsen nahmen 27 Sportlerinnen und Sportler teil und gewannen sieben Medaillen. Eine Goldmedaille sicherte sich Tabea Themann, die nun für zwei Jahre den Titel „Deutsche Polizeimeisterin über 5000 Meter“ führen darf.

Mit 22 Medaillen führte am Ende die Polizei Bayern den Medaillenspiegel an. Zur besten Sportlerin wurde Amelie Lederer aus Bayern gekürt, die mit einer Zeit von 11,76 Sekunden auf 100 Meter 1040 Punkte erzielen konnte. Bester Sportler war Patrick Müller von der Bundespolizei, der im Kugelstoßen mit einer Weite von 18,80 Metern 1049 Punkte erreichte.

Sven Thielert

 **Ergebnisse und Bilder**
von den DPM können auf der Website des DPSK eingesehen werden:
www.dpsk.de

BREITENSSPORT

Ohne Breite keine Spitze – Ehrung von Breitensportlern auch 2020

Bei der jährlichen Sportlerehrung gab es im Februar 2019 eine Premiere – erstmalig wurden drei Frauen und sechs Männer in der Kategorie Breitensport geehrt. Und auch im nächsten Jahr soll wieder ein Augenmerk auf der unglaublich vielseitigen Kategorie Breitensport liegen.

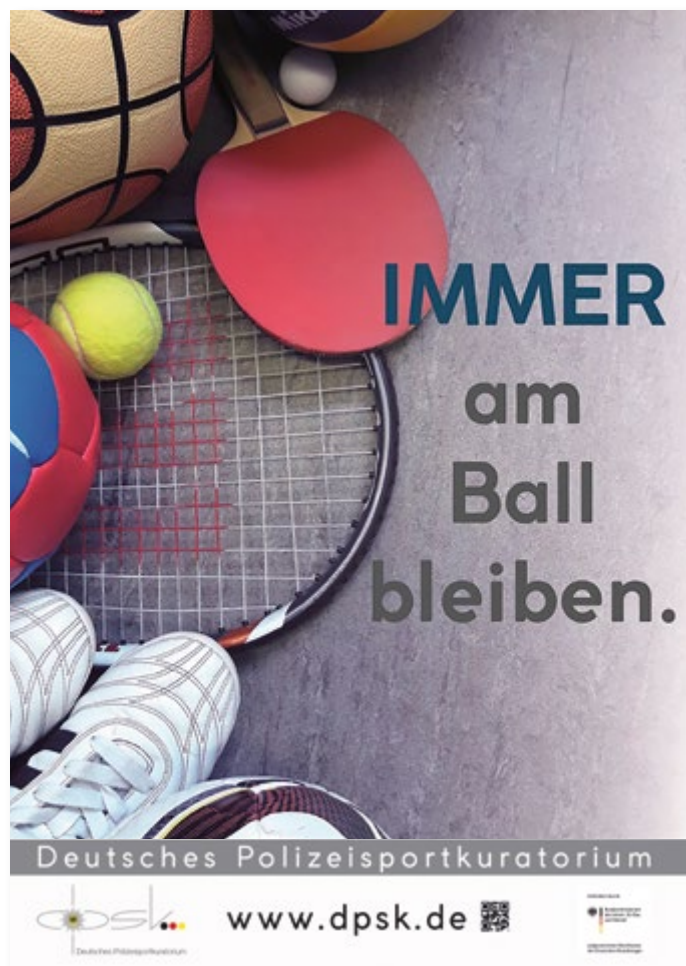
Eine von vielen Definitionen des Breitensports lautet: Der Breitensport umfasst jede körperliche Betätigung; er folgt den Motiven der Verbesserung der Leistungsfähigkeit, Selbsterfahrung und der Selbstbestätigung des Individuums. Für den Breitensport sind Spaß und Entspannung ebenso wichtige Faktoren wie sportliche Leistungen und Erfolge.

Dieser Definition folgend gab es Ehrungen für einen Ultramarathonläufer, der bereits fünfmal den Transalpine Run über 250 km bewältigt hat oder auch für mehrfache Ironman-Finisher, die darüber hinaus viele andere herausragende Läufe absolviert

haben – und diese in ihrer Freizeit. Aber nicht nur Laufleistung ist für diese Kategorie gefragt. Eine sehr erfolgreiche Rugby-Spielerin und eine Speed Surferin nahmen diese Ehrung ebenso entgegen, wie ein Kollege, der sich über viele Jahre sowohl im Dienst als auch außerhalb des Dienstes ehrenamtlich und aktiv dem Breitensport verschrieben hat.

Die Sportsachbearbeiter der Polizeibehörden und der Polizeiakademie Niedersachsen freuen sich über viele Vorschläge für die Ehrung in der Kategorie „Breitensport 2019“.

Eva Koch/ thi



BILDUNGSPROJEKT DER PA

„Polizeischutz für die Demokratie“



**POLIZEIAKADEMIE
NIEDERSACHSEN**

Am 15. November 2019 findet in der Wandelhalle in Bad Nenndorf – mit dem Niedersächsischen Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius – die Auftaktveranstaltung für das Bildungsprojekt der Polizeiakademie Niedersachsen (PA NI) „Polizeischutz für die Demokratie“ statt.

Ziel des Projektes ist es, ergänzend zur Demokratiekompetenzvermittlung in der Ausbildung, Bildungsangebote und -maßnahmen zur Stärkung der polizeilichen Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen für die gesamte Polizei Niedersachsen zu initiieren. Auf diese Weise kann sowohl politisch motivierten Extremismus als auch populistischen Tendenzen innerhalb der Polizei wirkungsvoll und nachhaltig entgegengewirkt werden.

Das Projekt geht auf eine gemeinsame Initiative des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius, der PA NI sowie des Polizeihauptpersonalrats zurück und wird gewerkschaftlich unterstützt.

Die Projektkoordination liegt bei der neuen Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte/Polizeimuseum der PA NI unter der Leitung von Dr. Dirk Götting.

Der zunehmende Zuspruch für Rechtspopulisten in Deutschland und die damit einhergehende Polarisierung der Gesellschaft gefährden unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Insbesondere das Schicksal der Weimarer Republik verdeutlicht, dass ein Leben in einer Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Der Blick auf ihre Geschichte kann dabei helfen, gesellschaftliche Fehlentwicklungen in der Gegenwart zu erkennen und entgegenzuwirken – denn jede und jeder Einzelne trägt eine Mitverantwortung für die Gestaltung unseres Landes.

Wesentliche Eckpfeiler für den Erhalt einer funktionsfähigen Demokratie sind die Beschäftigten bei der Polizei sowie die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten als Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive, die den Verlockungen der scheinbar einfachen Lösungen populistischer Kräfte widerstehen und aktiv für den Schutz einer offenen Gesellschaft eintreten müssen.

So wird von der Polizei nicht nur erwartet, ihre dienstlichen Aufgaben nach den Grundsätzen der Verfassung wahrzunehmen und die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger zu wahren, sondern auch rechtsstaatliche Regeln einzuhalten und zu verteidigen. Daher ist eine aktive Auseinandersetzung mit dem polizeilichen Selbstverständnis und seiner geschicht-

lichen Entwicklung die Grundlage für ein wirksames Vorgehen gegen rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der Polizei.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wird das Gesamtkonzept Führungskräften und Personalvertretungen vorgestellt. Zugleich dient die Veranstaltung als Impuls für die Umsetzung des neuen Zieles der Landesstrategie 2027

„WIR bewahren unser freiheitlich-demokratisches Selbstverständnis und stärken unsere Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen.“

Welche Örtlichkeit könnte für den Startschuss der „wehrhaften Demokratie“ besser geeignet sein, als Bad Nenndorf?! Das mit dem Bundesverdienstkreuz gehetzte Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ kennzeichnet mehr als eine Bewegung gegen Rechtsextreme. Es symbolisiert den Erfolg demokratischer Widerstandskraft gegen Demokratiefeinde: Bürgerinnen und Bürger, die das freiheitlich-demokratische Selbstverständnis nicht nur kennen, sondern danach leben und sich aktiv für die Wahrung dieser Werte einsetzen. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Selbstverständnis festigen.

Sven Holzschneider

AUFTAKTVERANSTALTUNG

POLIZEISCHUTZ FÜR DIE DEMOKRATIE

**Stärkung der polizeilichen Widerstandskraft
gegen demokratiegefährdende Erscheinungen**



15.11.2019



11:00 UHR



Wandelhalle Bad Nenndorf
Poststraße 2 | 31542 Bad Nenndorf



Auskünfte

Dezernat 01 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon 05021 9778-718
pressestelle@akademie.polizei.niedersachsen.de

Weitere Informationen
finden Sie in unserer
Veranstaltungs-APP

